

Nach monatelangem Streit zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium soll an diesem Mittwoch das Insektenschutzgesetz vom Bundeskabinett auf den Weg gebracht werden. Der Deutsche Bauernverband läuft gegen die neuen Vorgaben Sturm. Noch am Dienstag gab es in mehreren Bundesländern Traktorenkorsos mit empörten Landwirt:innen. Im Interview erklärt Bauernpräsident Joachim Rukwied, warum er Verbote zum Schutz von Insekten ablehnt und wie er die Bienen trotzdem retten möchte.

**Herr Rukwied, an diesem Mittwoch ist das neue Insektenschutzgesetz im Kabinett. Sie haben massive Einwände angemeldet. Mögen Sie keine Bienen?**

Natürlich mag ich Bienen! Alle Landwirte mögen Bienen – schon weil wir wissen, dass wir Insekten als Bestäuber unserer Pflanzen brauchen. Es ist deshalb in Ordnung, dass die Bundesregierung Insekten besser schützen will. Nicht in Ordnung ist, dass die Politik den Insektenschutz einzig und allein auf Kosten der Landwirte zu erreichen versucht. Bei der Lichtverschmutzung etwa gibt es lediglich Prüfaufträge. Da fehlt aus unserer Sicht die Balance.

**Gut die Hälfte der Fläche des Landes wird landwirtschaftlich genutzt. Ist es nicht logisch, dass Landwirt:innen da eine besondere Verantwortung zukommt?**

Der Ansatz, dass die Landwirtschaft mehr zum Insektenschutz und zum Erhalt der Biodiversität beitragen muss, ist ja richtig. Den tragen wir mit. Die meisten Landwirte tun schon eine Menge: Sie legen Blühstreifen an, erweitern die Fruchtfolge, überlassen Uferbereiche der Natur. Die Strategie der Bundesumweltministerin, den Insektenschutz mit Verboten durchzusetzen, halten wir aber für grottenfalsch. Und sogar für gefährlich.

**Warum?**

Frau Schulze will den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten verbieten. Wenn sich die Ministerin damit durchsetzt, wäre zum Beispiel der Weinbau im Kaiserstuhl komplett Geschichte. Viele Bauernfamilien würden ihre Existenzgrundlage verlieren. Wir reden hier nicht nur über vernichtetes Kapital und verlorene Arbeitsplätze, sondern über das Ende eines jahrhundertalten Teils unserer Kultur.

**Was halten sie von der Idee der Umweltministerin, einen Teil der Flächen komplett aus der Bewirtschaftung herauszunehmen?**

Auch davon halten wir nichts. Wir Landwirte wollen unsere Flächen nutzen und sie nicht brachliegen lassen. Zehn Prozent der Flächen aus der Produktion zu nehmen ist nicht hinnehmbar. Außerdem werden schon heute längst nicht mehr 100 Prozent der Flächen intensiv bewirtschaftet. Fahren sie mal mit offenen Augen durch die Landschaft: Bauern lassen etwa auf Wiesen einen Altgrasstreifen stehen, den sie nur unregelmäßig mähen. Dort entstehen Rückzugsorte für Insek-



Bienen sind unverzichtbar für das Bestäuben von Pflanzen.

## „Natürlich mag ich Bienen“

Bauernchef Joachim Rukwied über die Wirkung von Verboten beim Insektenschutz und den Sinn von deutschen Schweinefleischexporten

ten. Das tun die Landwirte freiwillig, und sie tun es gerne. Sie wollen aber nicht, dass sie par ordre du mufti zu Naturschutzmaßnahmen gezwungen werden.

**Wenigstens beim Schutz der Streuobstwiesen stimmen Sie aber zu, oder?**

Auch da sehe ich Probleme. Eine Streuobstwiese wächst nicht alleine, die müssen sie anlegen und pflegen. Ein Obstbaum wird ma-

ximal 100 Jahre alt, dann geht er ein und muss nachgepflanzt werden. Das tun viele Bauern, und sie tun es aus eigenem Antrieb. Viel Geld verdient mit seiner Streuobstwiese keiner, nur durch Fördermittel wird die Bewirtschaftung so gerade eben rentabel. Wenn man die Wiesen unter Schutz stellt, nimmt man den Landwirten die Fördermöglichkeit. Dann werden die Wiesen eben nicht mehr gepflegt und sie

Bäume nicht mehr nachgepflanzt. Dadurch wäre den Insekten auch nicht geholfen – im Gegenteil.

**Wenn alles bleibt, wie es ist, würde das Insektensterben einfach weitergehen. Wollen Sie das wirklich?**

Dass alles bleiben soll, wie es ist, habe ich nicht gesagt. Es ist auch ausdrücklich nicht meine Meinung. Ich sehe sehr wohl Weiter-

entwicklungsbedarf, auch wir Landwirte müssen beim Naturschutz besser werden. Es gibt Potenziale, die können wir heben. Wichtig wäre mir aber kein gesetzlicher Zwang, sondern kooperativer Naturschutz. Gemeinsam können wir viel mehr erreichen als Gegeneinander. Das hat die Bundesumweltministerin leider noch nicht verstanden.



Joachim Rukwied, Bauernpräsident, will nicht zu Naturschutz gezwungen werden.

BILD: DPA

**Svenja Schulze und Sie werden auch keine Freunde mehr – oder?**

Ich habe nichts persönlich gegen die Bundesumweltministerin. Aber Frau Schulze weiß immer noch nicht, wie unsere Landwirtschaft funktioniert. Das zeigt sie immer wieder durch Äußerungen wie die, dass Deutschland mit dem Export von Schweinefleisch aufhören soll. Solche Forderungen sind populistischer Unsinn. Wenn man die bloßen Tonnagen betrachtet, produziert Deutschland tatsächlich etwa ein Fünftel mehr Schweinefleisch, als im Land gegessen wird. Aber schauen Sie sich mal die Verbrauchszahlen an. Da stellen Sie fest, dass wir nur 85 Prozent des bei uns konsumierten Schweinefleisches selbst produzieren.

**Weil die Deutschen am liebsten Filet essen?**

Genau – oder Schnitzel oder Schinken oder Nackensteak. Kaum jemand bei uns isst noch Innereien – mit Ohren, Rüsseln oder Pfötchen will ich gar nicht erst anfangen. In anderen Ländern auf der Welt gelten diese Teile aber als Delikatesse. Es wäre doch geradezu grotesk, dieses Fleisch nicht dorthin zu verkaufen. Übrigens auch unter Gesichtspunkten der Ethik und des Umweltschutzes. Wir wollen, dass ein Schwein möglichst vollständig verwertet wird. Hochwertige Lebensmittel wegzuwerfen wäre die schlechteste aller Optionen. Darauf würde es aber hinauslaufen, wenn wir auf den Export verzichten.

**Derzeit gibt es fast täglich Bauernproteste. Hand aufs Herz: Geht es der Landwirtschaft wirklich so schlecht, oder ist das Jammern inzwischen Teil der bäuerlichen DNA?**

Der Landwirtschaft geht es schlecht. Ökonomisch sind die Betriebe unter Druck, vor allem die Schweinehalter leiden unter zu niedrigen Preisen. Auch die Milchpreise müssten höher sein, damit die Milchviehhöfe einigermaßen über die Runden kommen. Die ganze Landwirtschaft hat außerdem drei Jahre mit extrem schwierigen Witterungsbedingungen hinter sich. Die Trockenheit hat die Erträge geschmälert. Und dann kommt auch noch die Politik mit neuen Auflagen und ihrer Regelungswut. Ich sage es, wie es ist: Viele Landwirte überlegen aufzuhören.

INTERVIEW: ANDREAS NIESMANN

## Mit Pflug und Schwert zur Treckerdemo

Protest mit Fahne der Landvolkbewegung

VON JAN STERNBERG

Bereits seit zwei Wochen demonstrieren Landwirt:innen in Berlin mit Traktoren und Landmaschinen gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung. An diesem Mittwoch ist eine weitere Treckerdemo im Berliner Tiergarten mit fast 1000 Fahrzeugen geplant. Viele Teilnehmer:innen fühlen sich vom Deutschen Bauernverband nicht mehr vertreten. Eine andere Organisation, die Initiative „Freie Bauern“, will die Protestler:innen hinter sich versammeln.

Sie bezeichnet sich selbst als „Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe“ und gilt vielen als populistisch. Die „Freien Bauern“ fordern von der Bundesregierung, das „Aktionsprogramm Insektenschutz“ komplett zurückzunehmen. „Es bestraft Bauern, die bereits heute naturnah wirtschaften“, sagt deren Medienreferent Reinhard Jung. „Streuobstwiesen und artenreiches Grünland werden mit enteignungsgleichen Auflagen überzogen. Wer in FFH-Gebieten wirtschaftet, darf keinerlei Pflanzenschutzmittel mehr einsetzen – ein riesiger Vertrauensbruch.“ Jung erwartet „Flächenverluste in Größenordnungen, die nicht mehr landwirtschaftlich nutzbar sind“.

Die Folge seien „noch mehr Importe aus dem Ausland, um den Produktionsrückgang in Deutschland abzufangen. Damit tragen die Bundesministerinnen Schulze und Klöckner Verantwortung für noch mehr Zerstörung des Regenwaldes in Südamerika.“

Stattdessen seien die Bäuerinnen und Bauern bereit, auf freiwilliger Basis mehr Baumreihen, Gehölzstreifen und Gewässerläufe anzulegen, um der Arten- und Insektenvielfalt ein Zuhause zu geben.

Jung verteidigte auch die Fahnen der „Landvolkbewegung“ von 1929, die in Berlin an vielen Treckern gezeigt werden. Das Symbol mit Pflug und Schwert gilt als Zeichen einer völkernationalistischen Bewegung, kritisiert unter anderem Bundesagrarministerin Julia Klöckner (CDU). „Beschämend!!!“, schrieb Bauernpräsident Joachim Rukwied auf Twitter.

Jung kontert: „Wir stehen hinter der Demonstration in Berlin gegen die Agrarpolitik und wehren uns gegen Diffamierung durch den Deutschen Bauernverband. Es ist richtig, dass einige Demonstranten auch die Fahne der Landvolkbewegung aus den 1920er Jahre zeigen. Diese ist kein rechtsextremes Zeichen. Dennoch sind wir nicht glücklich mit dieser Fahne – denn die Landvolkbewegung ist damals gescheitert. Wir wollen eine erfolgreiche Bauernorganisation sein.“

## Exporte brechen um 9,3 Prozent ein

Deutscher Außenhandel erleidet im Corona-Jahr 2020 stärksten Rückgang seit der Finanzkrise

Die Corona-Krise hat im vergangenen Jahr tiefe Löcher in die deutsche Exportbilanz gerissen. Die Wareneinfuhren brachen gegenüber 2019 um 9,3 Prozent auf 1204,7 Milliarden Euro ein, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte. Es war der stärkste Rückgang seit der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2009. Damals waren die Exporte um 18,4 Prozent gesunken. Das Importvolumen verringerte sich im vergangenen Jahr um 7,1 Prozent auf 1025,6 Milliarden Euro.

Zeitweilige Grenzsicherungen, Störungen in der Logistik und Unterbrechungen der Lieferketten zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 hatten das Exportgeschäft deutlich ausgebremst. Zwar arbeitete sich der

deutsche Außenhandel anschließend schrittweise aus dem Corona-Tief. Doch es reichte nicht, um den Einbruch auszugleichen.

Für dieses Jahr rechnete der Außenhandelsverband BGA zuletzt mit einem deutlichen Plus. Das Vorkrisenniveau soll demnach spätestens im Sommer 2022 wieder erreicht werden.

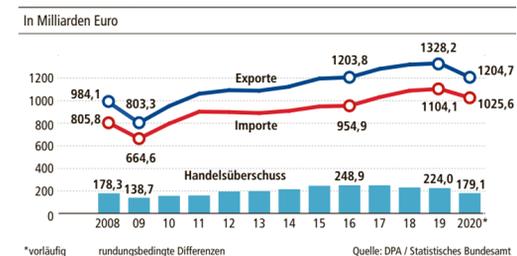
Vor allem die gestiegene Nachfrage aus China schob zuletzt die Geschäfte der deutschen Exporteure an. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, die ein wichtiger Absatzmarkt für Waren „made in Germany“ ist, war trotz der Belastungen durch die Pandemie im vergangenen Jahr gewachsen. Ungeachtet des zweiten Lockdowns in vielen Ländern setzte

sich die Erholung zum Jahresende fort. Die Ausfuhren stiegen im Dezember gegenüber dem Vormonat leicht um 0,1 Prozent auf 100,7 Milliarden Euro. Im Ver-

gleich zum Vorjahresmonat legten sie um 2,7 Prozent zu.

Im Januar hellte sich die Stimmung unter den deutschen Exporteuren sogar deutlich auf. dpa

### Deutschlands Außenhandel



## Musk adelt den Bitcoin

Tesla-Gründer setzt auf die Kryptowährung - was steckt dahinter?

VON FRANK-THOMAS WENZEL

So schnell kann's gehen: Die Kryptowährung Bitcoin hat sich innerhalb von zwei Tagen von 38000 Dollar auf rund 48000 Dollar verteuert. Danach gab sie leicht nach, aber Marktbeobachter:innen vermuteten am Dienstagmittag, dass die Marke von 50000 Dollar für die virtuelle Münze angepeilt werde.

Auslöser der Euphorie ist Tesla-Chef Elon Musk. Zunächst hatte er seinem Twitter-Profil kommentarlos „#bitcoin“ hinzugefügt. Das allein schon löste eine Kaufwelle aus. Am Montag erwarb Tesla dann Bitcoins im Wert von 1,5 Milliarden Dollar. Das ließ den Kurs auf den Rekordwert von mehr als 48000 Dollar steigen. Musk kann intensive Erfahrungen mit Bezahlen und IT vorweisen: Einst machte er den Zahlungsabwickler Paypal groß, den er im Jahr 2002 an Ebay verkaufte.

Kann es für die Bitcoins nun nur noch eine Richtung geben – nämlich aufwärts? Es gibt zwei Lager. Zu den Skeptiker:innen gehört Sören Hettler, Devisenexperte bei der DZ Bank: Diejenigen, die bei Bitcoin jetzt einsteigen wollten, „sind darauf hingewiesen, dass der Kurs weiterhin enormen Schwankungen unterliegt. Einer Aufwärtsbewegung kann also ohne weiteres auch ein Kurssturz im mittleren zweistelligen Prozentbereich folgen“. Der Wert der Bitcoins hat sich im vergangenen Jahr vervierfacht.

Optimisten wie Vijay Ayyar von der Krypto-Währungsbörse Luno sehen in dem Deal von Tesla nur den Anfang. Nach und nach würden sich große Unternehmen mit Bitcoins eindecken. Man stelle sich nur vor, was es bedeute, wenn 100 Konzerne nur ein Prozent ihrer flüssigen Mittel in Bitcoins investierten, sagte Ayyar der Finanznachrichtenagentur Bloomberg.

Hinter dieser Vermutung steckt ein Szenario, dass Kryptowährungen das Geld der Zukunft werden. Hintergrund sei, so Hett-

ler, die expansive Geld- und Fiskalpolitik der letzten Monate. Einige Expert:innen warnen wegen wachsender Staatsschulden und niedrigster Zinsen vor ausufernder Inflation. Deshalb sind Fluchtbewegungen in Kryptowährungen plausibel, da sie außerhalb des etablierten Finanzsystems agieren. Eine Instanz wie eine Notenbank, die versucht, Geldmengen zu steuern und Staaten zu stützen, gibt es bei Bitcoin nicht.

**Unternehmen könnten sich gegen Inflation absichern**

Im Algorithmus für die Kryptowährung ist vielmehr eine absolute Obergrenze von 21 Millionen Digitalmünzen vorgesehen. Das Erzeugen zusätzlicher Einheiten per Computer durch die Bitcoin-Community wäre enorm aufwendig. Dies soll als Schutz vor einer Entwertung der Kryptowährung dienen. Theoretisch könnten auch Unternehmen einen Teil ihres Geldes als Absicherung gegen eine mögliche Inflation in Bitcoins investieren. Für Musk dürfte es aber auch darum gehen, dass er mit den immensen Liquiditätsreserven von Tesla – Ende 2020 waren es 19 Milliarden Dol-

lar – höhere Gewinne erzielen will als die Minirenditen, die derzeit bei konventionellen Anlagen möglich sind.

Außerdem kann das Digitalgeld als internationales Zahlungsmittel dienen. Wer sich in der Bitcoin-Welt bewegt, ist in der Lage, sich bei Geschäften über Grenzen hinweg gegen Währungsschwankungen absichern. Auch dies dürfte bei den Überlegungen von Musk eine Rolle spielen, denn Tesla will künftig auch Bitcoins beim Bezahlen der E-Autos akzeptieren. Details sind allerdings noch nicht klar.

Hettler macht darauf aufmerksam, dass dies derzeit kein Konzept im großen Stil sein könne. Denn das Bitcoin-Netzwerk sei derzeit nicht darauf ausgelegt, „auch nur annähernd den Umfang der Zahlungsvorgänge des traditionellen Zahlungsverkehrs zu bewältigen“.

Allerdings akzeptiert auch Paypal seit Ende vorigen Jahres die Bitcoins für die Begleichung von Rechnungen. Zahlreiche Großbanken sind in das Geschäft mit dem Digitalgeld eingestiegen. Das wurde bereits 2020 auch hiesigen Geldhäusern mit dem Kryptoverwahrgesetz erlaubt. Kommentar Seite 11



Was er sich bei der Bitcoin-Aktion wohl gedacht hat? IMAGO IMAGES

## VW schließt Vergleiche

Entschädigung für Dieselmanipulation

Volkswagen hat seine außergerichtlichen Dieselmenschen Entschädigungen in Deutschland so gut wie abgeschlossen. Fast alle berechtigten Kunden:innen hätten ein Vergleichsangebot bekommen, heißt es aus dem Unternehmen. Bis Ende Februar könnten noch 5000 Kläger:innen aus Einzelprozessen jenseits des Musterverfahrens den Vorschlag annehmen. Danach seien keine Abwicklungen mehr über die Website geplant, auf der Anwält:innen von Autobesitzer:innen Ansprüche anmelden. In den meisten Fällen sei das Geld ausgezahlt. Auch bei Schadensersatz außerhalb der Vergleiche kann es jedoch Verzögerungen geben.

Nach Grundsatzurteilen des Bundesgerichtshofs 2020 hatte der Autokonzern angekündigt, Prozesse von Verbraucher:innen, die auf eigene Faust vor Gericht gezogen waren, gütlich zu regeln. Dabei war zunächst vor einer Gesamtzahl von etwa 55000 die Rede. Mittlerweile sind laut VW rund 30000 davon beendet, zu den weiteren 5000 Angeboten gibt man sich optimistisch. Unter den verbleibenden 20000 Fällen seien vor allem solche, bei denen Kund:innen einen Vergleich ablehnten oder es schon Regelungen aus rechtskräftigen Urteilen gebe. Das Gros der außergerichtlichen Entschädigungen sei damit umgesetzt.

Allein hierzulande hatten insgesamt mehrere Hunderttausend Besitzer:innen von Dieselnwagen aus dem VW-Konzern eine finanzielle Wiedergutmachung wegen der Abgasaffäre gefordert. Sie sahen sich geprellt, weil der Skandalmotor EA189 im Straßenverkehr deutlich mehr giftige Stickoxide ausstieß als in Tests. Millionen Wagen weltweit enthielten eine Software, die Schadstoffwerte manipulierte. dpa